

Zur AHV

Entpolitisierung der Altersvorsorge

Die AHV wird von vielen als eine der bedeutendsten sozialen Errungenschaften gesehen, da sie vielen älteren Menschen ein Einkommen sichert.

Grosse Veränderungen im 21. Jahrhundert stellen die AHV aber vor grosse Herausforderungen und man sollte sich fragen, ob das System den Anforderungen noch gerecht werden kann?

Das staatliche Umlageverfahren wird der demographischen Entwicklung nicht mehr gerecht. Auch die Lebenserwartung ist seit Einführung der AHV erfreulich von 63 auf 83 Jahre gestiegen. Die Beiträge reichen längst nicht mehr aus und der Staat muss vermehrt mittels Steuern das «Schneeballsystem» subventionieren.

Man muss auch sehen, dass die AHV-Lohnbeiträge keine Einzahlungen auf ein persönliches Konto sind und es sich eher um eine Steuer und ab einem Einkommen von 85 000 Franken aufgrund der begrenzten Rente auch formell nur um eine reine Steuer handelt. Die Einzahlung aus dem Staatsvermögen von 100 Mio. werden kurzfristig etwas Luft verschaffen, aber schon stehen weitere Forderungen im Raum, mit denen sich der Landtag beschäftigen muss. Anpassung der Altersgrenze und Erhöhung der Beiträge werden mittelfristig notwendig werden. Noch haben wir AHV-Reserven von gut 10 Jahren. Dieselben will man aber bis 2038 nicht unter fünf Jahresreserven absinken lassen.

Eine Studie des Liberalen Institutes in Zürich kommt zum Schluss, dass das Schweizer Altersvorsorgesystem, wie auch das unsere, enorm kompliziert geworden ist. Die zweite Säule ist zwar privat organisiert, unterliege aber einer enormen Regulierungsdichte und damit dem staatlichen Einfluss, betonen, Pierre Bessard, Direktor des Libera-

Zukunft der AHV liegt erneu in den Händen des Landtags

Vorsorge Voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag wird sich der Landtag mit Massnahmen zur AHV befassen. Diskussionen sind vorprogrammiert, doch auch der Landtag wird es dabei nicht alle

VON HOLGER FRANKE

Eigentlich ist es doch ganz einfach: Eine Erhöhung des ordentlichen Rentenalters auf beispielsweise 75 Jahre würde viele Probleme für ziemlich lange Zeit auf dem Papier lösen. Nun muss man aber nicht lange darüber nachdenken, um zu erkennen, dass dies gesellschaftlich und politisch einen gehörigen Aufschrei auslösen würde. Würde man die Beitragssätze signifikant erhöhen, wäre das natürlich ebenfalls eine Lösung zur langfristigen Sicherung der AHV. Dass die Unternehmen und die Arbeitnehmer damit wenig Freude hätten, liegt auf der Hand. Die Höhe des Staatsbeitrages lässt sich ebenfalls nicht endlos steigern, und eine Rentenkürzung würde den Zweck der AHV - die Mindestsicherung - ad absurdum führen. Der Regierung ist es in ihrem Bericht und Antrag gelungen, die Ausgangslage in bemerkenswerter Einfachheit zusammenzufassen: «In der politischen Diskussion sind höhere Lohnbeiträge



5,22 verbessert werden und somit über die gesetzlich vorgeschriebenen Grenze der Fünftfachen des Lohnes nicht der Fall», so Kaufmann. Unterschied

Ein Dauerbrenner in der Berichterstattung – hier z. B. ein «Volksblatt»-Beitrag vom September 2020 – und in den Leserbriefspalten: Die Zukunft der AHV.

len Institutes, und Paolo Pamini, Ökonom und Steuerexperte. Die beiden Experten betonen, dass die Altersvorsorge eine riesige, ineffiziente Umverteilungsmaschine geworden sei. Es findet eine Umverteilung von Jung zu Alt statt und das Leistungsversprechen der Politik lässt sich ohne steuerliche Belastungen nicht einhalten. Die jungen Leute werden nur Renten beziehen können, die in keinem Verhältnis stehen werden, was sie über Lohn und Steuerbelastung einbezahlt haben. Die Politik setzt weiterhin auf ein Flickwerk und im Resultat wird es zu weiteren Steuerbelastung und Beitragserhöhungen sowie Erhöhung des Rentenalters kommen. Als Alternative schlägt die Studie einen Übergang zu einem System individueller Kapitalisierung vor. Die AHV würde nach einer 20-jährigen Übergangsfrist auslaufen, sodass keine bestehenden Renter Einbusen erleiden müssten. Die beiden Initiatoren sehen mehr individuelle Kapitalisierung als Altersvorsorge

mit Zukunft. Eine auf individuellen Sparkonten beruhende Kapitalisierung garantiert ein echtes Eigentumsrecht. Auch das Referenzalter würde individuell fixierbar. Eine Kapitalisierung ist einem Umlagesystem auch ethisch überlegen, da die Leistungen nicht zu lasten künftiger Generationen ausbezahlt werden. Der Vorschlag ist ein guter Ansatz, sich über strukturelle Lösungen Gedanken zu machen und nicht auch zuletzt die Altersvorsorge generationsgerecht auf Basis versicherungs- und finanztechnischer Erkenntnisse zu diskutieren.

Liberales Forum